

Eine tolle Chance für unsere Region

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
209 · Ausgabe BL·BS · November 2023



Seit ihrer Trennung vor 190 Jahren verbindet die beiden Basel unter anderem auch eine gewisse Unzufriedenheit: Als Kantone mit nur einer Standesstimme fühlen sich beide im Vergleich mit anderen Kantonen in Bern untervertreten – und als Nordwestschweiz fühlt man sich insgesamt oft zu wenig gesehen. Im kommenden Dezember kommt es nun aller Voraussicht nach zu einer Premiere in der Geschichte des Bundesstaats. Baselland und Basel-Stadt stellen mit Eric Nussbaumer und Eva Herzog gleichzeitig das Nationalrats- und das Ständeratspräsidium! Diese Konstellation bietet für die Region eine einzigartige Gelegenheit, in der restlichen Schweiz sichtbar zu sein. Es freut uns sehr, dass dies in den Händen von zwei so verdienten SP-Parlamentarier:innen liegt.



Miriam Locher,
Präsidentin SP Baselland



Lisa Mathys,
Präsidentin SP BS

Sowohl Eva Herzog als auch Eric Nussbaumer treten mit einem eindrücklichen politischen Rucksack ihr ehrenvolles Präsidium an. Und sie werden beide auf ihre Art in ihrem Amtsjahr Themen setzen und Sichtbarkeit schaffen.

Eva Herzog

Eva Herzogs politische Karriere startete 1999 im Verfassungsrat des Kantons Basel-Stadt. Nach vier Jahren als Grossrätin amte sie von 2005 bis 2020 als Regierungsrätin. Ihr grosser Einsatz, ihr grosses Fachwissen, ihre Dossiersicherheit und ihr politisches Geschick brachten ihr grosses Ansehen auch beim politischen Gegenüber ein. Seit sie 2019 in den Ständerat gewählt wurde, hat Eva Herzog ihre fundierte Arbeit in Bern weitergeführt. Ihr Ständeratspräsidium wird sie unter anderem dazu nutzen, die Anliegen der städtischen Schweiz zu verdeutlichen. Zwei Drittel der Bevölkerung leben in urbanen Gebieten – und sind im Bundesparlament zu wenig repräsentiert. Auch die Gleichstellung wird einer ihrer Schwerpunkte sein.

Eric Nussbaumer

Auch Eric Nussbaumer ist bereits seit den 90er-Jahren als SP-Politiker engagiert, zuerst auf kommunaler, später auf kantonaler Ebene. Ab 1999 bis 2005 war er Präsident der SP Baselland. Ab 1998 war er bereits Landrat, 2007 folgte die Wahl in den Natio-

nalrat, wo er seinen Fokus auf die Energiepolitik und die Europapolitik legte. In beiden Themenfeldern geniesst er grossen Respekt weit über die Parteigrenzen hinaus. Passend dazu setzt er sein Präsidiumsjahr unter das Motto «Grenzen überschreiten» – in der festen Überzeugung, dass es in der Politik auch den Mut braucht, heikle Dinge anzugehen und das vertraute «Gärtli» zu verlassen.

Verantwortung tragen für den Zusammenhalt in Europa

Eric Nussbaumer und Eva Herzog teilen ein gemeinsames Herzensanliegen: Die Zusammenarbeit mit Europa. Sie ist der Schlüssel zur Lösung für viele der bevorstehenden Herausforderungen. Die beiden sehen die Schweiz als aktiven Teil Europas und fordern die Wiederaufnahme der guten Beziehungen.

Die Schweiz mit ihren vier Landessprachen ist keine Insel, sondern Teil Europas. Sie birgt eine riesige Vielfalt und bildet doch eine Einheit. Dafür stehen unsere Region und auch Eva und Eric exemplarisch. Dass sie zeitgleich Aushängeschilder für unsere Region sein werden und so die Identifikation der Menschen mit der Region Basel stärken werden, freut uns sehr.

Wir wünschen ihnen beiden alles Gute für ihre Wahl und ein erfüllendes Präsidiumsjahr.



Gegensätzliche Emotionen

Der Wahlsonntag war für uns ein Wechselbad der Gefühle. Nach einem intensiven Wahlkampf durften wir uns über das historische Wahlergebnis von Eva Herzog für den Ständerat freuen, mussten aber auch den bitteren Sitzverlust von Mustafa Atici im Nationalrat hinnehmen. Dass wir dort als SP Basel-Stadt nun gleich stark vertreten sind wie Parteien mit einem Bruchteil unseres Wähler:innenanteils, schmerzt, ist aber Teil des politischen Systems.



Melanie Eberhard
Wahlkampfleiterin

Sitzverlust trotz höchstem Wähler:innenanteil

Weil Basel-Stadt in der neuen Legislatur einen Sitz weniger im Nationalrat besetzen kann, wussten wir von Anfang an, dass wir als Bündnis, zusammen mit Grünen und BastA!, unsere Wähler:innenanteile würden halten müssen, um auch alle Sitze zu halten. Das ist uns leider nicht gelungen. Gegenüber dem Ergebnis von 2019 haben wir als SP 0,8 Prozentpunkte verloren und auch das Bündnis hat Verluste verzeichnet. Die individuellen Ergebnisse von Sarah und Mustafa sind jedoch herausragend. Die über 22000 Stimmen von Sarah und über 20000 Stim-

AGENDA SP BS

- Samstag, 11. November 2023, 10–15.30 Uhr
Bildungstag zum Thema Nachhaltigkeit
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus
Mittagessen im Goldigen Lamm
- Sonntag, 26. November 2023
Abstimmung zu den Stadtklimainitiativen
Die SP sagt klar 2x Ja. Die Argumente wurden in der letzten Ausgabe des Links ausgeführt und sind auf der Website abrufbar.
- Mittwoch, 20. Dezember 2023, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Wohnzimmer, Markthalle Basel

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website www.sp-bs.ch wird laufend aktualisiert und enthält nebst den Terminen der Kantonalpartei auch die von anderen SP-Organen.



am Wahlsonntag

men von Mustafa zeigen, wie beliebt und geschätzt beide in der Bevölkerung sind. Mit unserem Wähler:innenanteil von 31,8% zusammen mit den Unterlisten sind wir zudem noch immer die mit Abstand stärkste Partei in Basel.

Ein Vorbild und eine Inspiration für viele

Wir danken Mustafa Atici sehr herzlich für seine wichtige Arbeit unter anderem für die Bildungspolitik im Bundeshaus. Durch seine Geschichte und seine offene Art ist er ein Vorbild und eine Inspiration für so viele. Sarah Wyss gratulieren wir ebenso herzlich zum besten Ergebnis aller Nationalratskandidierenden und zur Wiederwahl. Gerade in der aktuellen Zeit ist ihre Stimme für die soziale Schweiz und ein funktionierendes und bezahlbares Gesundheitswesen zentral. Unserer Ständerätin Eva Herzog gratulieren wir herzlich zur überragenden Wahl in die kleine Kammer. Mit einem Wähler:innenanteil von 73% wird sie mit einer rekordverdächtigen Unterstützung der Basler Bevölkerung im kommenden Jahr das Stöckli präsidieren.

Wahlkampagne in Zahlen

Die guten Ergebnisse von Eva, Sarah, Mustafa sowie auch von Lisa und Gushti auf der Hauptliste 5 und von allen Kandidierenden

unserer beiden Unterlisten, der JUSO und der SP 60+, sind ihrem grossen und unermüdlischen Einsatz, aber auch der Unterstützung ganz vieler weiterer Personen zu verdanken. So haben SP-Aktivist:innen 70 000 Flyer, 5000 Traubenzückerli und weitere Giveaways wie Rosen, Gipfeli, Ballone, Waffeln und Blumensamen an Stand- und Steckaktionen verteilt, 10 000 Postkarten versandt, mit 6300 Menschen am Telefon gesprochen, hunderte Velos mit SP-Sujets geschmückt, 500 Kleinplakate in Geschäften und Mehrfamilienhäusern aufgehängt, 200 Plakate an Balkonen und Gartenzäunen montiert und 30 Politapéros organisiert.

Die essentielle Basis für die Grossratswahlen

Dieses unglaubliche Engagement ist es, was die Kampagnenarbeit der SP ausmacht. **An dieser Stelle deshalb ein riesiges Dankeschön an euch alle.** Danke für euren Einsatz in den letzten Tagen, Wochen und Monaten. Sei dies in den QVs, im Seki, beim Telefonieren, in der Wahlleitung oder im Präsidium. Ihr alle habt gezeigt, wie wir zusammenstehen und gemeinsam für eine soziale Schweiz kämpfen können. Das rührt und freut mich zutiefst und das ist auch die essentielle Basis für die im kommenden Jahr anstehenden Grossratswahlen.

NACH DEN WAHLEN IST VOR DEN WAHLEN 2024

Die SP Basel-Stadt hat die Kraft, etwas zu bewegen in unserem Kanton: Die Entlastung von Familien (vgl. S. 12), die zukunftsgerichtete Gestaltung der Stadt (vgl. S. 16), die regelmässige Erhöhung der Prämienverbilligung und ambitionierte Netto-null-Ziele sind nur ein paar Beispiele. Rot-Grün hat aber entgegen der öffentlichen Wahrnehmung keine Mehrheit im Grossen Rat. Deshalb unterliegen wir regelmässig mit Anliegen, beispielsweise wenn wir Überschüsse in die soziale Sicherheit oder in ökologische Fortschritte investieren wollen. Auch bei Themen wie der Abschiebung von Randständigen oder günstigen ÖV-Tickets werden wir von der bürgerlichen Mehrheit überstimmt. Willst du dazu beitragen, dass die SP Basel-Stadt weiterhin die nötige Gestaltungsmacht hat? Hilfst du mit, endlich eine rot-grüne Mehrheit im Grossen Rat zu erobern?

Kandidiere nächstes Jahr für den Grossen Rat! Die Nominationen laufen hauptsächlich über die SP-Quartiervereine (QVs). Melde dich bei Interesse baldmöglichst bei deinem QV-Präsidium.

Dank der SP: echte Entlastung für Familien

Es war ein langer Weg, wir brauchten einen langen Atem. Den Systemwechsel haben wir noch nicht erreicht. Aber wir haben eine echte Entlastung für Familien erkämpft. Wie wir bei der Kinderbetreuung einen grossen Schritt weitergekommen sind.



Franziska Roth, Präsidentin
BKK, SP-Grossrätin



Claudio Miozzari,
SP-Grossrat

2019 sind wir mit fünf von sechs Anträgen zum Tagesbetreuungsgesetz im Grossen Rat gescheitert. Regierungsrat Conradin Cramer wehrte sich vehement und die bürgerlichen Parteien inklusive GLP versenkten unsere Lösungen.

Zauberlösung Kita-Initiative

Heute ist das politische Verdikt viel, viel erfreulicher: Der Grosse Rat hat in der Oktobersitzung mit der Unterstützung aller Fraktionen Veränderungen beschlossen, die Familien von den hohen Kosten für die Kinderbetreuung in Kitas stärker entlasten und die Arbeitsbedingungen deutlich ver-

bessern. Erreicht haben wir das mit der Kita-Initiative der SP Basel-Stadt!

Rückblende: Das Sammeln war eine echte Herausforderung. Das Problem war nicht, dass die Menschen nichts von unserem Anliegen hätten wissen wollen, im Gegenteil! Das Problem war, überhaupt auf die Leute zugehen zu können. Mitten im Coronasommer 2020, nachdem die Lancierung wegen des Lockdowns hatte verschoben werden müssen, tasteten sich die Mitglieder der SP Basel-Stadt an diese Aufgabe in der neuen Pandemierealität und an die Unterzeichner:innen heran. Was für eine Leistung, unter diesen Umständen die über 3000 Unterschriften zusammenzubringen!

Drängende Probleme der Kitas

Mit der Initiative haben wir das Thema auf die Agenda der laufenden Legislatur gesetzt. Parallel zeigte sich, dass das neue Tagesbetreuungsgesetz die Probleme in den Kitas eben nicht lösen konnte – im Gegenteil, die Probleme haben sich verschärft. Berichte über nicht eingehaltene Betreuungsschlüssel, ausgebranntes Personal und verzweifelte Eltern mehrten sich.

Als Reaktion auf unsere Initiative schlug der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag Massnahmen zu Gunsten der Kitas und der Eltern vor. Familien mit geringen Einkommen dürfen gemäss diesem Vorschlag ungefähr mit einer Halbierung ihrer Kosten rechnen, besser verdienende Eltern profitieren von einem deutlich reduzierten Maximalbeitrag von 1600 Franken für einen Vollzeitbetreuungsplatz pro Monat.

Intensive Beratung in der BKK

Kaum ein Geschäft haben wir in der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rates so detailliert beraten wie diesen Gegenvorschlag. Die Mehrheit der Kommission entschied sich schliesslich für zusätzliche Verbesserungen bei den Löhnen, beim Betreuungsschlüssel und für Familien mit drei und mehr Kindern. Auch ein Antrag der bürgerlichen Kolleg:innen für Firmenkitas fand eine Mehrheit – entgegen unserem Wunsch.

Nach dem Abschluss der Beratung in der BKK war ungewiss, ob das Resultat im Ratsplenium Bestand haben würde. Nach SP-internen Konsultationen von Komitee und Parteivorstand sind wir deshalb nochmals auf die anderen Fraktionen zugegangen mit der Ankündigung, dass die SP bereit sei, ihr Volksbegehren für den Gegenvorschlag der BKK zurückzuziehen. Die SP öffnete damit den Weg für eine viel schnellere Entlastung von Familien und Kitas, als dies bei einer Volksabstimmung der Fall gewesen wäre. Die Anpassungen sollen bereits auf das kommende Schuljahr hin umgesetzt werden.

Noch nicht am Ziel

Natürlich sind wir sehr zufrieden mit den Verbesserungen, die wir aufgrund des Drucks der Initiative erreicht haben, und natürlich sind wir zufrieden, weil die SP in Sachen Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und Arbeitsbedingungen Erfolge erzielt, die noch 2019 unerreichbar schienen. Am Ziel sind wir aber noch nicht.

Die Arbeitsbedingungen in Betreuungsverhältnissen sind noch immer nicht gut, besonders bei Spielgruppen und Tagesfamilien. Die Organisation der Betreuung ist noch immer viel zu kompliziert – entsprechend anspruchsvoll bleibt die Vereinbarkeit für Familien. Es wird andere Lösungen brauchen: Kitas müssen zum Service public werden, wie wir es in unserer nun zurückgezogenen Initiative gefordert haben. Wir gehen die Arbeit mit dem Schwung des jüngsten Erfolgs an.



Der Landrat wirkt: Baselland hat ein Gesetz für die frühe Sprachförderung



Regula Meschberger,
ehem. Landrätin

Politische Prozesse brauchen oft viel Zeit. 2018 habe ich mit einer Motion verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden im Bereich frühe Kindheit ein selektives Sprachförderungs-Obligatorium einführen können.

Zahlreiche Studien zeigen, dass fremdsprachige Kinder vor dem Kindergarten Eintritt mit der deutschen Sprache in Kontakt kommen müssen, damit ihre Bildungschancen

intakt sind. In den ersten Lebensjahren werden die Grundsteine für eine gute sprachliche Entwicklung gelegt. Wird das verpasst, brauchen die betroffenen Kinder viel Unterstützung in Kindergarten und Schule, um die verpasste Sprachentwicklung nachzuholen. Ohne Sprachkompetenz ist das Lernen schwierig, wenn nicht unmöglich. Das wissen alle Fachpersonen. Es hat etwas gedauert, bis sich diese Erkenntnis auch in den politischen Gremien durchgesetzt hat.

Schwierig war der Prozess der Gesetzesentwicklung, weil einige Gemeinden sich Aktivitäten in der sprachlichen Frühförderung nicht vorschreiben lassen wollten. Aus diesem Grund handelt es sich um ein selektives Sprachförder-Obligatorium, in dessen Rahmen unterschiedliche Unterstützungsmassnahmen möglich sind. Verlangt wird aber, dass jede Gemeinde eine Stelle oder Person

bezeichnet, die für die frühe Sprachförderung zuständig ist. Dass der Kanton eine wesentliche Rolle (Sprachstandabklärung in allen Gemeinden) übernimmt, war wichtig für die positive Aufnahme des Gesetzes.

Nun sind die Gemeinden am Zug

Sechs Jahre nach Einreichen der Motion wird nun das Gesetz 2024 in Kraft gesetzt. Es bleibt zu hoffen, dass alle Gemeinden die Notwendigkeit dieser frühen Sprachförderung erkennen und adäquate Massnahmen treffen. Kinder, die im Rahmen dieser Förderung eine Spielgruppe besuchen, kommen dort nicht nur mit der deutschen Sprache in Berührung, sondern sie lernen auch, sich in einer Gruppe zu bewegen, was ihre soziale Entwicklung positiv beeinflusst und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule stärkt.

2 x Ja am 19. November 2023 zur Einführung von kantonalen Deponieabgaben



Sandra Strüby,
Landrätin

Zur Förderung des regionalen Baustoffkreislaufs und des vermehrten Einsatzes von Recycling-Baumaterial hat der Landrat verschiedene Massnahmen genehmigt. Die Einführung einer kantonalen Deponieabgabe ist die letzte von ihnen, die in der Kantonsverfassung eine rechtliche Grundlage braucht. Änderungen der Kantonsverfassung unterliegen der obligatorischen Abstimmung. Darüber und über die Änderung des Umweltschutzgesetzes stimmen wir am 19. November ab.

In der Vergangenheit wurde wertvoller Deponieraum zu schnell befüllt, auch weil die Preise für das Deponieren zu tief waren. Es ist momentan wirtschaftlicher, Baustoff

zu deponieren, als diesen wieder aufzubereiten. Hier setzt die Lenkungsabgabe an; der Einsatz von Recyclingbaustoff soll konkurrenzfähiger werden. Ausserdem soll mit wertvollem Deponieraum umsichtiger umgegangen werden. Man erhofft sich bis zu ein Drittel weniger Deponiematerial.

Dem Regierungsrat kommt die Aufgabe zu, die Deponieabgabe festzusetzen und jährlich zu überprüfen. Sofern zur Stärkung des Baustoffkreislaufs zu einem gegebenen Zeitpunkt keine Deponieabgabe mehr erforderlich sein sollte, verzichtet der Regierungsrat darauf. Die Erhöhung der Deponieabgaben darf gegenüber dem Vorjahr nicht mehr als Fr. 10.-/Tonne betragen. Als höchster Betrag sind Fr. 50.-/Tonne im Gesetz festgehalten. Die Einnahmen aus der Abgabe werden hauptsächlich zur Altlastensanierung verwendet.

Die Delegiertenversammlung der SP Baselland hat am 7. September 2023 die Ja-Parole beschlossen (2 x JA).

Mehr Informationen zur Abstimmung auf:
www.deponieabgabe-2xja.ch





Ein Riesenerfolg – Samira und Eric Ergebnis im Baselbiet!

Mit 24,7 % konnten wir als SP Baselland unseren Wähler:innen-Anteil um sage und schreibe 2,9 Prozentpunkte erhöhen – dies ist der höchste Zuwachs seit 1955! Auch sonst ist das Resultat herausragend: Mit 24,7 % erzielten wir das beste Ergebnis seit 16 Jahren und konnten zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder bei Nationalratswahlen zulegen. Dank diesem starken Resultat konnten wir alle drei Sitze der rot-grünen Listenverbindung halten und verhinderten so einen noch stärkeren Rechtsrutsch.



Jonas Eggmann, Vizepräsident SP Baselland



Nils Jocher, Vizepräsident SP Baselland

Beste Ergebnisse im Kanton

Wir gratulieren unseren zwei Bisherigen Eric Nussbaumer und Samira Marti ganz herzlich zur Wiederwahl in den Nationalrat! Die beiden sind ein regelrechtes Baselbieter SP-Dreamteam und erzielten zwei ausgezeichnete persönliche Resultate: Eric Nussbaumer erhielt 33 859 Stimmen und Samira Marti 32 885 Stimmen. Damit sind sie die Bestgewählten im ganzen Kanton! Das zeigt deutlich ihre überparteiliche Verankerung.

Von beiden werden wir auch in Zukunft viel hören: Von Samira Marti als umsichtiger und durchsetzungsfähiger Co-Präsidentin der SP-Bundeshausfraktion. Neben dem Einsatz für eine soziale Schweiz in den laufenden Geschäften stehen im Dezember bereits die Bundesratswahlen sowie im ersten Halbjahr 2024 die Abstimmungen über die Prämientlastungs-Initiative und den BVG-Rentenabbau an.

Eric Nussbaumer wird als amtierender Vizepräsident des Nationalrats im Dezember zum Nationalratspräsidenten gewählt. Damit ist er für ein Jahr der «höchste Schweizer». Warum? Der Nationalratspräsident lei-



nd Eric mit bestem

tet die gemeinsamen Sitzungen von National- und Ständerat und das Parlament ist gemäss der Verfassung die «oberste Gewalt». Als eine seiner ersten Amtshandlungen wird er die nahenden Bundesrats-Gesamterneuerungen leiten.

Grosser Dank an alle Kandidierenden und an die Campaignerinnen

Dieses grandiose SP-Wahlresultat und die Wiederwahl von Eric und Samira waren nur möglich, weil auch fünf weitere äusserst kompetente und erfahrene Kandidat:innen auf der SP-Liste angetreten sind: Unser grosser Dank geht deshalb auch an Miriam Locher (Erstnachrückende), Thomas Noack, Tania Cucè, Sandra Strüby-Schaub und Florian Schreier. Sie alle führten in den letzten Monaten neben den Aktivitäten der Kantonalpartei und der Sektionen einen «eigenen» Wahlkampf, nahmen an Politapéros teil, verschickten tausende Postkarten, hängten hunderte Plakate auf und telefonierten sich die Ohren wund.

Ein grosses Dankeschön an dieser Stelle an Julie von Büren und Clara Bonk, die erneut

als Campaignerinnen für die Basiskampagne arbeiteten und damit zum Wahlkampf grosse Dynamik und viel Begeisterungsfähigkeit beisteuerten.

Weiter geht ein grosses Merci an die JUSO-Kandidat:innen auf den beiden Listen «Agglokinder» und «Landkinder», die einen äusserst engagierten Wahlkampf führten und daneben Unterschriften für die nationale Initiative für eine Zukunft sammelten. Eine wertvolle Bereicherung und grosse Unterstützung war auch die erstmals aufgestellte Liste der SP 60+.

Der grösste Dank gilt den Aktivist:innen

Gar nicht genug danken können wir all den Aktivist:innen, die diesen Wahlkampf ermöglicht haben. Allen voran unsere engagierten Mitglieder und Sektionen: An dutzenden Politapéros, Flyeraktionen, Gipfeli- und Röseliaktionen, Schreibstuben und in über 8000 Gesprächen mit Wähler:innen am Telefon habt ihr unserem Einsatz für eine soziale Schweiz ein Gesicht gegeben. Wir wissen, dass das im Baselbiet nicht immer einfach ist und nach dem intensiven Landrats- und

Regierungsratswahlkampf letzten Winter auch an den Kräften zehrte. Umso grösser ist unsere Dankbarkeit. Was wir wissen: Dieses Engagement hat nicht nur am 22. Oktober einen entscheidenden Unterschied gemacht. Gemeinsam werden wir, darauf aufbauend, das Baselbiet und die Schweiz auch über den Wahlsonntag hinaus verändern.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Noch ist der «Wahlzyklus» im Baselbiet denn auch nicht vorbei: Am Sonntag, 3. März 2024 besetzen wir in unseren Gemeinden die Gemeinderäte und Einwohner:innen-Räte bzw. Gemeindekommissionen neu. Die Vorbereitungen der Sektionen laufen bereits auf Hochtouren und als SP Baselland unterstützen wir sie tatkräftig bei ihrem Wahlkampf. Denn für uns ist klar: Wir ergreifen Partei für eine soziale Schweiz auf allen Ebenen – national, kantonal und kommunal.

AUS DEM GROSSEN RAT

Das Hafenareal wird gemeinnützig entwickelt, dank JUSO-Initiative

Der Grosse Rat hat in der Oktober-Session die Hafeninitiative der JUSO beraten. Dabei hat er mit Unterstützung aller Fraktionen einen Gegenvorschlag verabschiedet, der zukunftsweisende Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Hafenareals setzt. Die SP hat den Gegenvorschlag entscheidend mitgeprägt und konnte wichtige Forderungen durchsetzen.



Stefan Wittlin, Vizepräsident
SP BS und Grossrat

Gesamte Bebauung ohne Renditedruck

Die JUSO hat frühzeitig erkannt, dass es für die Entwicklung der Areale Klybeckquai und Westquai Leitlinien braucht, damit die Bedürfnisse der Bevölkerung – bezahlbarer Wohnraum und ausreichend Frei- und Grün-

flächen – berücksichtigt werden. Viele zentrale Forderungen der Hafeninitiative, die im Oktober 2021 eingereicht wurde, sind auch im Gegenvorschlag enthalten: Das gesamte Areal bleibt im Eigentum der öffentlichen Hand. Mindestens die Hälfte davon wird als Frei- und Grünfläche erhalten und gestaltet. Von der Bebauung sollen mindestens 60 Prozent auf Wohnraum entfallen, und zwar durch den Kanton selber zu erstellen oder im Baurecht abzugeben und in Kostenmiete anzubieten. Dass auch die Flächen für die übrigen Nutzungen in Kostenmiete anzubieten sind, ist insbesondere für nicht gewinnstre-

bige kulturelle Angebote eine gute Voraussetzung.

Neuer Wohnraum für die Bevölkerung

Zur Dichte der Bebauung macht der Gegenvorschlag im Gegensatz zur Initiative keine Aussage. Dies ist wichtig, weil die optimalen Bebauungsstrukturen und die räumlichen Beziehungen nur über vertiefte städtebauliche Studien zu ermitteln sind. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass die zu bebauenden Bereiche im Sinne einer haushälterischen Bodennutzung mit einer hohen Nutzungsdichte entwickelt werden und genügend neuer Wohnraum für die Bevölkerung entstehen kann.

Erfolg für JUSO und SP

Die JUSO hat mit der Hafeninitiative einen wertvollen Anstoss geleistet und erreicht, dass der Grosse Rat den weitreichenden Forderungen der SP zugestimmt hat.

AUS DEM LANDRAT

Wichtiges Etappenziel für ein klimaneutrales Baselbiet



Ursula Wyss, Landrätin

Am 19. Oktober verabschiedete eine Mehrheit des Landrates die revidierte Fassung des Energiegesetzes und des dazugehörigen Dekrets nach einer gut dreistündigen Debatte.

Das Energiegesetz unterstützt den Klimaschutz und leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Stabilität des Stromnetzes und der Versorgungssicherheit für Bevölkerung und Wirtschaft. Es gibt Ziele vor und setzt die nötigen Rahmenbedingungen, um mit Energie haushälterisch umzugehen, Energie zu speichern und den Anteil an erneuerbarer

Energie erhöhen zu können. Das Gesetz gibt Kanton und Gemeinden Instrumente in die Hand, um diese Ziele zu erreichen.

Das Kernstück des Energiegesetzes ist das Dekret, indem der Landrat in alleiniger Kompetenz die Nutzung und Produktion erneuerbarer Energien im Gebäudebereich festlegen kann. Grundlage dafür ist §10 des heutigen Energiegesetzes.

Klimaschutz, Energiesparen, Produktion erneuerbarer Energie und damit Reduktion der Treibhausgasemissionen: Diese aus unserer Sicht unbestrittenen Ziele wurden einmal mehr von einem Teil der bürgerlichen Seite in Frage gestellt. Trotz intensiver Kompromissuche konnten weder die SVP noch alle Mitglieder der FDP zur Unterstützung des revidierten Energiegesetzes ins Boot geholt werden. Einige Mitglieder der FDP versuchten das Dekret zu torpedieren. Der Rat wies alle Anträge zurück, auch den, dass das

Dekret nur in Kraft treten solle, wenn das Volk das neue Energiegesetz annimmt.

Härtefälle und unsinnige Anlagen vermeiden

Künftig sind also auf Neubauten Photovoltaikanlagen Pflicht. Ebenfalls vorgeschrieben werden für Neubauten erneuerbare Heizsysteme, allerdings kompromissbedingt erst ab 2026. Der Brennerersatz von fossilen Heizungen wird weiterhin möglich sein, auch dies als Kompromiss, wenn die Öl- oder Gasheizung jünger als 15 Jahre ist, ansonsten ist eine erneuerbare Heizung einzubauen. Sehr wichtig ist, dass das Dekret Ausnahmegenehmigungen ausdrücklich zulässt. Damit sollen Härtefälle und unwirtschaftliche Heizungs- und Stromproduktionsanlagen vermieden werden.

Die Volksabstimmung zum revidierten Energiegesetz ist ein wichtiger Schritt hin zu verbessertem Klimaschutz.